

# Mexiko

## Oaxaca – Ruf nach Gerechtigkeit

### Einführung

*"Ich redete mit meinen Freunden darüber, wo wir hingehen sollten, als plötzlich zwei Lastwagen mit schwer bewaffneten Polizisten mit Höchstgeschwindigkeit angefahren kamen, die ihre Waffen auf uns richteten... Einer schnappte mich, warf mich zu Boden und rief: 'Du dachtest wohl, Du seist eine richtige Revoluzzerin, wie? Eine richtige Rebellin. Nun wirst Du sehen, was das heißt, Du Hure. Was macht Ihr verdammten Huren hier?' Er schlug mich, meine Stirn begann zu bluten. Zwei andere Polizeibeamte kamen näher und fingen an, mich zu treten und zu schlagen, bis ich mich nicht mehr bewegen konnte. Sie riefen: 'Wir werden Euch fertig machen, genau wie diese Huren in Atenco.' Dann gingen sie weiter und schlugen die anderen, von denen einige schon bewußtlos waren oder fast bewusstlos waren durch die Schläge. Sie kamen zurück zu mir und schleiften mich zu einem Haufen mit Menschen."*

Rosalba Aguilar Sánchez, die am 25. November 2006 in der Stadtmitte von Oaxaca von der Bundespolizei festgenommen wurde

Im Juni 2006 brachen im Staat Oaxaca Massenproteste aus, deren Hauptforderung der Rücktritt des bundesstaatlichen Gouverneurs war. Mehrere Monate lang kam Oaxaca-Stadt völlig zum Erliegen. Die politischen Unruhen hielten bis 2007 an und bewirkten eine anhaltende Krise der öffentlichen Sicherheit. Die meisten Proteste verliefen friedlich, allerdings kam es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Teilen der Oppositionsbewegung einerseits und Sicherheitskräften sowie Anhängern der Regierung des Bundesstaates andererseits. Mindestens 18 Personen wurden getötet - die Umstände hierfür müssen noch geklärt werden - und viele andere wurden schwer verletzt. Die Mehrzahl der Getöteten waren Demonstranten, aber mindestens zwei der Opfer waren Gegner der Proteste gewesen. Im Rahmen der Unruhen kam es auch zu erheblichen Schäden an Lebensgrundlagen und Eigentum vieler Personen.

Dieser Bericht richtet den Blick auf einige schwere Menschenrechtsverletzungen, welche Berichten zufolge während der Unruhen begangen wurden. Dazu zählen die Anwendung massiver Gewalt (bis hin zu Tötungen), willkürliche Festnahmen, Isolationshaft, Mißhandlungen und Folter, Drohungen, Drangsalierungen von Menschenrechtsverteidigern sowie Journalisten und Verletzung der Rechtsstaatlichkeit bzw. des Rechts auf ein faires Verfahren. Der Großteil dieser Gesetzesverstöße wurde laut Berichten durch städtische, bundesstaatliche sowie nationale Polizeikräfte begangen. In mehreren Fällen waren auch uniformierte Polizisten oder Gruppen bewaffneter Männer dafür verantwortlich, die in offensichtlich in Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften agierten.

## *Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit*

Es gibt nur wenig Hinweise, dass staatliche Behörden seriöse und unparteiische Untersuchungen dieser Menschenrechtsverletzungen durchgeführt haben. In den meisten Fällen versäumten sie es, Orte des Verbrechens für weitere Ermittlungen abzusichern oder Beweise rechtzeitig zu sammeln und zu bewahren. Opfer und deren Angehörige wurden angehalten, Beweise für Verstöße zu liefern, ohne dass sie dabei angemessene oder überhaupt irgendeine Unterstützung von offiziellen Ermittlern erhalten hätten. In vielen Fällen wurden Oppositionsanhänger lediglich auf der Grundlage von Aussagen von Polizisten oder lokalen Amtspersonen festgenommen und angeklagt. Aussagen von Kollegen, Verwandten oder anderen Augenzeugen wurden von den Staatsanwälten Berichten zufolge gar nicht eingeholt oder gänzlich verworfen. Es wurden keine konkreten Maßnahmen ergriffen, um glaubwürdige und unparteiische Mechanismen zur Untersuchung von Verstößen zu schaffen. Auch die Bundesbehörden haben es bisher nicht geschafft, bei ihren Ermittlungen hinsichtlich Berichten über Verstöße Ergebnisse vorzulegen.

Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen haben einige der vielen Menschenrechtsverletzungen in Oaxaca dokumentiert und Empfehlungen gegeben.<sup>1</sup> Die Nationale Menschenrechtskommission (CNDH) dokumentierte 15 Todesfälle und erhielt Beschwerden von 304 Häftlingen sowie 275 Personen, die verletzt wurden.<sup>2</sup> Im Juni 2007 entschied der Oberste Gerichtshof (SCJN), die eine Ereignisse in Oaxaca zu untersuchen und kraft seines konstitutionellen Vermögens bei schwerwiegenden Verletzungen der Individualrechte nichtgerichtliche Ad hoc-Untersuchungen durchzuführen.<sup>3</sup> Beim Verfassen dieses Berichts wartete die mit den Untersuchungen beauftragte Richterkommission jedoch noch immer darauf, dass der SCJN entsprechende Mechanismen für solche Ermittlungen schafft.

Die hier dokumentierten Fälle sind nur eine kleine Auswahl, während der Krise in Oaxaca gab es Berichten zufolge ein Mehrfaches an solchen Fällen. Während Besuchen in Oaxaca im Juni und November 2006 hat AI sich mit Opfern, Menschenrechtsorganisationen und Anwälten getroffen, wie auch mit Vertretern bundesstaatlicher und nationaler Behörden. Während der Nachforschungen stellte AI fest, dass viele Opfer von Menschenrechtsverletzungen Angst haben, offizielle Beschwerden könnten Repressalien nach sich ziehen. Die Behörden gaben an, dass es bei Ermittlungen keine Fortschritte gegeben habe, da es "sehr schwierig [sei], wenn die angeblichen Opfer keine Beweise zur Verfügung stellen."<sup>4</sup> Die lange Dauer der offiziellen Ermittlungen hinsichtlich Berichten über Menschenrechtsverletzungen steht in starkem Kontrast zu der Belastung, welcher die Opfer ausgesetzt sind, wenn sie Täter identifizieren sollen, Zeugen zu Aussagen bewegen oder anderweitig Ermittlungen ermöglichen sollen. Dieser Mangel an erforderlicher Sorgfalt auf Seiten der Ermittler ist ein Haupthindernis bei den Bemühungen, die Straflosigkeit zu

<sup>1</sup> Z.B. Nationale Menschenrechtskommission (CNDH), Internationale Zivile Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (Comisión Civil Internacional de Observación de los Derechos Humanos/CCIODH), Internationaler Friedensdienst (Servicio Internacional de la Paz/SIPAZ).

<sup>2</sup> Sonderbericht der CNDH über die Ereignisse in Oaxaca zwischen dem 2. Juni 2006 und dem 31. Januar 2007; Empfehlung 15/2007 im Falle der Sektion 22 der Nationalen Lehrgewerkschaft und der Volksversammlung von Oaxaca; Bundesbezirk Mexiko, 23. Mai 2007, [www.cndh.org.mx](http://www.cndh.org.mx)

<sup>3</sup> Verfassung der Vereinigten Staaten von Mexiko, Artikel 97.

<sup>4</sup> Interview mit Miguel Alessio Robles, Innenministerium (Secretaría de Gobernación) im Februar 2007.

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

beenden, welche noch immer weit verbreitet ist im Bereich der öffentlichen Sicherheit und im Strafrechtssystem.<sup>5</sup>

AI bezieht keine Position zur politischen Auseinandersetzung in Oaxaca. Das Anliegen ist vielmehr auf die Verpflichtung der Behörden gerichtet, jene strafrechtlich zu verfolgen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind und waren. AI erkennt die Schwierigkeiten an, welche für die Behörden in derart komplexen Zusammenhängen öffentlicher Sicherheit bestehen, in denen die Polizei möglicherweise Bedrohungen oder gewalttätigen Angriffen ausgesetzt ist und die Verpflichtung hat, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten sowie die allgemeine Bevölkerung zu beschützen. Allerdings ist AI der Meinung, dass sicherheitsorientierte und effektive Polizeiarbeit für die Allgemeinheit auf Einhaltung der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung basieren muss, welche zum größten Teil in der mexikanischen Gesetzgebung verankert ist. Am Ende dieses Berichts finden sich eine Reihe von Empfehlungen von Schritten, welche die mexikanischen Behörden einleiten sollten, um diese Verpflichtung zu erfüllen.

### Hintergrund

Im Mai 2006 rief die Lehrgewerkschaft des Bundesstaates Oaxaca (Sektion 22 der Nationalen Lehrgewerkschaft) während der jährlichen Verhandlungen über Bezahlung und Arbeitsbedingungen einen Streik aus. Tausende von streikenden Lehrern besetzten die Stadtmitte von Oaxaca zur Unterstützung ihrer Forderungen und veranstalteten Massenmärsche.

Nach zunehmenden Spannungen und steigendem Druck auf die Lehrer, die Arbeit wieder aufzunehmen, versuchten 700 bundesstaatliche Polizisten am 14. Juni 2006, die Lehrer aus der Stadtmitte zu vertreiben. Während der Polizeiaktion gab es weitverbreitete Berichte über massive Gewaltanwendung und mehrere willkürliche Festnahmen von Gewerkschaftsführern. Als Reaktion darauf nahmen die Proteste zu und eine lose Koalition mit dem Namen Volksversammlung von Oaxaca (Asamblea Popular del Pueblo de Oaxaca/APPO) - bestehend aus Lehrern, lokalen sozialen und politischen Organisationen, Studenten und anderen - wurde gegründet, um die Lehrer zu unterstützen. Die zentrale Forderung der APPO war der Rücktritt des bundesstaatlichen Gouverneurs von der lokalen Regierungspartei, der Partei der Institutionellen Revolution (Partido Revolucionario Institucional/PRI).

---

<sup>5</sup> Siehe AI-Berichte: *Allegations of abuse dismissed in Guadalajara* (AI Index: AMR 41/034/2004), *Violence against women and justice denied in Mexico state* (AI Index: AMR 41/028/2006) und *Laws without justice* (AI Index: AMR 41/002/2007).

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit



Demonstration in Oaxaca, November 2006 ©Uta Rossberg

Im Juli und August Anhänger der Oppositionsbewegung mehrere öffentliche Gebäude sowie wichtige lokale Fernseh- und Radiostationen. Berichten zufolge schossen bei mindestens drei Vorfällen bewaffnete Männer, darunter auch bundesstaatliche Polizisten, auf unbewaffnete Demonstranten, die TV- und Radiostationen besetzten, wobei mindestens eine Person am 21. August ums Leben kam. APPO-Anhänger errichteten Barrikaden und blockierten so den Zugang zu

vielen Teilen der Stadt. Als die Sicherheitssituation sich verschlechterte, nahm die Polizei diverse Leute fest - von diesen wurden laut Berichten mehrere in Isolationshaft gehalten, misshandelt, gefoltert und - offensichtlich auf Basis konstruierter Beweise - angeklagt.

Den ganzen September und Oktober über legten mehr als 1800 Barrikaden und anhaltende Proteste Oaxaca-Stadt lahm. Verhandlungen zwischen Bundesstaat bzw. Bundesregierung und der Oppositionsbewegung, welche die Krise beenden sollten, schlugen fehl und mehr als eine Million Kinder konnten nicht mehr in die Schule gehen. Die Regierung von Oaxaca rief die Bundesregierung wiederholt dazu auf, mit Hilfe von Sicherheitskräften die Proteste zu beenden.

Am 27. Oktober wurden an den Barrikaden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen APPO-Anhängern, lokalen Amtspersonen und Regierungsanhängern mindestens vier Leute getötet und viele weitere schwer verletzt. Am 29. Oktober schickte die Bundesregierung 4.500 Bundespolizisten (Policía Federal Preventiva/PFP) nach Oaxaca, um die Proteste zu beenden und die Ordnung wieder herzustellen. Während der nächsten fünf Tage starb mindestens ein Demonstrant durch von der PFP ausgehende Gewalt, zudem wurden zahlreiche Menschen festgenommen. Viele der Inhaftierten berichteten von Mißhandlungen und dass ihnen eine Behandlung nach rechtsstaatlichen Prinzipien verweigert worden sei. Laut den Bundesbehörden erlitten 19 PFP-Beamte Verletzungen, als Demonstranten Steine und Benzinbomben warfen sowie mit Schleudern und Feuerwerksraketen schossen.<sup>6</sup>

Am 25. November kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen bundesstaatlicher bzw. Bundespolizei und einigen Demonstranten, welche zu schweren Schäden an öffentlichen Gebäuden sowie 149 Festnahmen führten. Allerdings waren viele der Festgenommenen, Berichten zufolge, nicht in die Gewalttaten verwickelt, einige hatten scheinbar gar nicht an der Demonstration teilgenommen. Viele wurden in Isolationshaft gehalten und erlitten Mißhandlungen oder Folter. Nahezu alle Häftlinge wurden im Laufe des Januar freigelassen,

<sup>6</sup> Interview vom November 2006, Ministerium für öffentliche Sicherheit (Secretaría de Seguridad Pública)

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

die meisten davon kamen auf Kautionsfreibrief bis zum Verfahren frei - Anklagepunkte waren Straftaten wie Aufwiegelung, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Sabotage und Sachbeschädigung. Bei Amtsübernahme der neuen Bundesregierung am 1. Dezember 2006 wurden mehrere Anführer der APPO durch die staatlichen Behörden festgenommen. Beim Verfassen dieses Berichts waren noch mindestens acht APPO-Aktivisten in Haft.

### Willkürliche Festnahmen, Folter und konstruierte Beweismittel

Menschenrechtsgruppen der UN und die Interamerikanische Menschenrechtskommission haben wiederholt willkürliche Festnahmen, Isolationshaft, Mißhandlungen und Folter in Mexiko dokumentiert. Dies wurde im Hinblick auf Oaxaca vom Bundesstaat und von den Bundesbehörden durchweg dementiert. Vielmehr seien Personen entweder beim Begehen von



Ramiro Aragón, February 2007 ©AI

Straftaten verhaftet oder nach Ermittlungen festgenommen worden, die ausreichend Beweise für einen Haftbefehl lieferten. Allerdings wurden in vielen von AI dokumentierten Fällen Anklagen auf Basis von Aussagen der festnehmenden Beamten erhoben. In mehreren Fällen haben Staatsanwälte und Richter offensichtlich nicht einmal diese Aussagen untermauert oder nachgeprüft, ob die Verwicklung des Angeklagten in Straftaten ausreichend nachweisbar war.

In nahezu allen von AI dokumentierten Fällen wurde die Festnahme, egal ob ein Haftbefehl vorlag oder nicht, willkürlich durchgeführt. In vielen Fällen wiesen sich die Polizeibeamten nicht aus, teilten den Verdächtigen nicht mit, dass

sie offiziell festgenommen seien und informierten sie nicht über ihre Rechte. In den meisten Fällen wurde weder der Kontakt zu den Angehörigen ermöglicht noch hatten die Inhaftierten Zugang zu rechtlicher Beratung oder medizinischer Versorgung.<sup>7</sup>

Laut der Aussage von **Ramiro Aragón Pérez**, einem Ornithologen, seinem Schwager **Elionai Santiago Sánchez**, einem Lehrer, und ihrem Freund **Juan Gabriel Ríos** wurden die drei am Abend des 9. August 2006 in einem Vorort im Norden von Oaxaca-Stadt von unbekanntem bewaffneten Personen festgenommen. Ramiro Aragón Pérez wurde geschlagen, ihm wurden eine Zigarette auf der Stirn ausgedrückt, Schnitte am Nacken zugefügt sowie Haare ausgerissen. Die Angreifer drohten laut Berichten auch mit der Vergewaltigung und Tötung seiner Frau und Kinder. Elionai Santiago Sánchez wurde teilweise stranguliert, in den Unterleib, in die Rippen sowie ins Gesicht geschlagen und ihm wurden Schnitte am Ohr zugefügt. Auch Juan Gabriel Ríos wurde heftig geschlagen. Berichten zufolge riefen die

<sup>7</sup> Die UN-Menschenrechtskommission hat willkürlichen Festnahmen "Unangemessenheit, Ungerechtigkeit, sowie Mangel an Voraussagbarkeit bzw. Rechtsstaatlichkeit" attestiert. *Womah Mukong v. Cameroon, Communication No. 458/1991, U.N. Doc. ICCPR/C/51/D/458/1991 (1994). Paragraph 9.8*

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

Angreifer die Behörden an und eine halbe Stunde später wurden die drei Männer Polizisten des Bundesstaates Oaxaca übergeben, welche in einer Seitenstraße warteten. Sie wurden ins städtische Gefängnis Ejutla gebracht, wo ein Arzt ihre Namen aufnahm, ihnen aber keine medizinische Versorgung zukommen ließ.

Am nächsten Morgen wurden sie kurz von einem Arzt von der Bundesstaatsanwaltschaft (Procuraduría General de la República, PGR) untersucht, allerdings führte dieser keine vollständige Befragung oder Bewertung hinsichtlich eines physischen oder psychologischen Traumas durch, wie es in Fällen von vermuteter Folter von der PGR verlangt wird.<sup>8</sup>



Elionai Santiago Sanchez,  
November 2006 ©AI

Die drei Männer wurden in das Büro der PGR in Oaxaca-Stadt gebracht und des illegalen Waffenbesitzes angeklagt. Der bundesstaatlichen Polizei zufolge waren die drei Männer festgenommen worden, als sie bewaffnet von einer gewalttätigen Auseinandersetzung auf offener Straße wegliefen. Allerdings haben die drei Männer die Anklage abgestritten und informierten die PGR über die von ihnen erlittene Folter, woraufhin aber keine Maßnahmen ergriffen wurden.

Trotz Ungereimtheiten in den von der bundesstaatlichen Polizei vorgelegten Beweisen gab es keine weiteren Ermittlungen. Ramiro Aragón wurde in Untersuchungshaft behalten, Elionai Sánchez und Juan Gabriel Ríos wurden auf Kautionsfreilassung freigelassen. Während seiner drei Monate Haft im Gefängnis Zimatlán de Alvarez hatte Ramiro Aragón keinerlei persönlichen

Kontakt mit dem Richter oder Gelegenheit, mit diesem zu sprechen. Dies ist kennzeichnend für Mexiko, wo Richter selten während Anhörungen vor Gericht anwesend sind und diese Aufgaben an Gerichtsbeamte delegieren.

Am 30. Oktober wurden Ramiro Aragón und zwei andere Gefangene, Germán Mendoza Nube und Erangelio Mendoza González, unerwartet per Flugzeug nach Mexiko-Stadt gebracht und vor dem Verhandlungstisch bei den offiziellen Verhandlungen zwischen dem Bundesinnenministerium und Protestierenden freigelassen. Ramiro Aragón hat keine Bestätigung erhalten, dass die Anklage gegen ihn fallengelassen wurde und der Status seines Falles bleibt unklar. Er befürchtet, dass er jederzeit wieder festgenommen oder angegriffen werden könnte, falls er nach Oaxaca zurückkehrt. AI liegen keine Informationen über etwaige Ermittlungen vor, die die Foltervorwürfe oder die Umstände ihrer Festnahme untersuchen sollen.

**Felipe Sánchez Rodríguez**, einer der Gründer von Calpulli, einer Gemeindeorganisation, die sich mit der Bildung von Kindern in benachteiligten Stadtteilen von Oaxaca beschäftigt,

<sup>8</sup> PGR, Acuerdo Oficial A/05/2003

### *Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit*

wurde Berichten zufolge am 25. November 2006 von Mitgliedern der PFP sowie der bundesstaatlichen Gerichtspolizei willkürlich verhaftet und gefoltert. Er hatte am APPO-Marsch teilgenommen, welcher am selben Tag zu einem früheren Zeitpunkt und vor Ausbruch der Unruhen stattgefunden hatte.

Laut seiner Zeugenaussage wurden er und sein Freund **Edgar Alejandro Molina** von bewaffneten Männern in Zivilkleidung angehalten, als sie durch die Stadtmitte von Oaxaca gingen - die Angreifer fuhren einen Kleintransporter ohne Nummernschilder. Einer der bewaffneten Männer spannte seine Pistole und schlug Felipe Sánchez gegen die Schläfe, zog an seinem Haar, schlug ihn am ganzen Körper und zwang ihn in den Hinterteil des Wagens. Die beiden Männer mussten sich auf den Boden des Lasters legen und wurden an einen unbekanntem Ort gebracht, wo Felipe Sánchez sich bis auf die Unterwäsche ausziehen musste und über APPO-Anführer befragt wurde. Ihm wurden die Augen mit Klebeband zugeklebt und laut seiner Aussage Elektroschocks an der Nase zugefügt. Die ign vernehmenden Beamten zwangen ihn, mit dem Gesicht nach unten auf dem Zementboden zu liegen und drohten damit, seine Daumen abzuschneiden, welche hinter seinem Rücken zusammengebunden waren. Nach einer Weile wurden die Fesseln an seinen Armen entfernt und er wurde angewiesen, sich anzuziehen und bewegungslos sitzen zu bleiben. Als diese Position unerträglich wurde und er sich bewegen musste, wurde er auf den Kopf, die Rippen und die Beine geschlagen. Daraufhin wurde er gezwungen, sich mit dem Gesicht zur Wand hinzuknien und wurde jedesmal geschlagen, sobald er sich bewegte. Später wurden er, Edgar Alejandro Molina und andere Häftlinge zum Staatsgefängnis Tlacolula gebracht, wo das Klebeband von ihren Augen entfernt wurde und sie gezwungen wurden, an einer Reihe Polizisten entlang zu schreiten, welche sie schlugen und bedrohten. Laut Felipe Sánchez und anderen Häftlingen, wurde ihnen der Kontakt zu einem Anwalt ihrer Wahl verweigert.

Felipe Sánchez war unter den 149 Personen, die Berichten zufolge in Oaxaca-Stadt von Mitgliedern der PFP und der bundesstaatlichen Gerichtspolizei festgenommen wurden, nachdem eine friedliche APPO-Demonstration am 25. November in gewalttätigen Auseinandersetzungen endete. Mindestens vier der Festgenommenen waren Minderjährige, die anschließend an Jugendgerichte verwiesen und später freigelassen wurden. Viele der Häftlinge wurden laut Berichten mißhandelt, gefoltert und ihnen wurde der Zugang zu rechtlicher Beratung und angemessener medizinischer Versorgung verweigert. Danach wurden sie ins über 1.500 Kilometer entfernte Bundesgefängnis in Nayarit gebracht, wodurch Angehörige und Anwälte über mehrere Tage keine Gelegenheit hatten, sie zu erreichen. Die Nationale Menschenrechtskommission (CNDH) berichtet, dass mindestens 13 der Häftlinge von PFP und Gerichtspolizei gefoltert wurden.<sup>9</sup> Felipe Sánchez wurde wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Sachbeschädigung und Aufwiegelung angeklagt. Der letzte Anklagepunkt wurde auf Anweisung eines Bundesrichters fallengelassen, aber die beiden ersten bestanden noch bei Verfassen des Berichts.

"Sie zogen mich an den Haaren, warfen mich auf den Boden und schleiften mich ein Stück am Boden entlang, sie traten mich und sagten Dinge wie 'Dumme Schlampe, jetzt haben wir

---

<sup>9</sup> CNDH-Empfehlung 15/2007 im Falle der Sektion 22 der Nationalen Lehrgewerkschaft und der Volksversammlung von Oaxaca (APPO); Bundesbezirk Mexiko, 23. Mai 2007. (IV,F) [www.cndh.org.mx](http://www.cndh.org.mx)

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

Dich". **Aurora Ruíz García**, eine 37-jährige Lehrerin hat ausgesagt, dass sie am Abend des 25. November auf ein Taxi vor dem Hotel Fortin Plaza in Oaxaca-Stadt wartete, als drei PFP-Fahrzeuge die Straße blockierten und sie sowie einige umstehende Personen festnahmen. Sie wurden in einen der Wagen verfrachtet, geschlagen und dann zum El Llano-Park gebracht, wo sie durchsucht und ihre Daten aufgenommen wurden, bevor man sie zu verschiedenen Orten in der Stadt brachte. Sie sagt, dass die Beamten sie beleidigten und damit drohten, sie zu vergewaltigen und zu töten. Im Staatsgefängnis von Miahuatlán versuchten Vertreter des Büros der Staatsanwaltschaft von Oaxaca (PGJE), sie dazu zu bringen, ein erstes Geständnis ohne jegliche rechtliche Beratung abzulegen, zudem weigerte sich ein Arzt, ihre Verletzungen zu versorgen. Am nächsten Tag durfte sie kurz mit ihrer Familie sprechen, bevor sie zusammen mit anderen Gefangenen zum Flughafen gebracht und zum Bundesgefängnis in Nayarit geflogen wurde. Alle weiblichen Gefangenen mussten sich ihr Haar kurz schneiden lassen. Die Nichtregierungsorganisation *Comité de Liberación 25 de Noviembre*, die zur Unterstützung dieser Gefangenen gegründet wurde, berichtet, dass viele der Häftlinge fünf Tage lang nicht mit ihren Familien sprechen durften, nicht über die gegen sie vorliegenden Anklagepunkte informiert und gezwungen wurden, sich durch vom Staat ernannte Anwälte vertreten zu lassen. .

Angesichts mehrerer Anfechtungsklagen wurden die Gefangenen im Januar 2007 aus dem Nayarit-Gefängnis in Gefängnisse in Oaxaca zurück gebracht sowie nach und nach auf Kautions mit schwebenden Anklagen und Verfahren freigelassen. Die alleinige Grundlage für die Strafverfolgung der inhaftierten und auf Kautions freigelassenen Personen ist anscheinend ein Polizeibericht der PFP, welcher all jene auflistet, die im Zusammenhang mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen vom 25. November festgenommen wurden. Allerdings besagt der PFP-Bericht laut der CNDH nichts über die genauen Straftaten aus, derer die jeweiligen Personen bezichtigt werden, sondern beinhaltet lediglich vage Angaben über ihre Verwicklung in die Ereignisse. Viele der am 25. November festgenommenen haben ausgesagt, dass sie nicht in die Demonstrationen oder die darauf folgende Gewalt involviert waren, sondern in der Stadtmitte eingeschlossen waren und von Zugriffstrupps der Polizei ohne gesetzliche Rechtfertigung festgenommen wurden. AI liegen keinerlei Informationen über Maßnahmen von bundesstaatlichen oder Bundesbehörden vor, die Anschuldigungen über willkürliche Festnahmen, Folter und Konstruierung von Beweisen angemessen zu untersuchen.

Berichten zufolge befand sich am 13. April 2007 um 13:30 **David Venegas**, ein führender Sprecher der APPO, mit zwei Bekannten, darunter ein Menschenrechtsanwalt, im El Llano-Park in Oaxaca-Stadt, als ein nicht gekennzeichnete Kleintransporter anhielt und bundesstaatliche Polizisten ihn festnahmen, ohne sich zu identifizieren oder ihm den Grund für seine Festnahme mitzuteilen. Die Polizei hielt ihn laut Berichten für mehrere Stunden fest, während derer sie ihn über die APPO befragten, ihm mit Vergewaltigung drohten und ihn schlugen. Ihm zufolge versuchte die Polizei ihn zum Halten eines Päckchens mit Drogen zu zwingen, um belastende Fotos zu machen. Als er andere Polizisten über die von ihm erlittenen Schläge informierte, erwiderten die Polizisten laut seiner Aussage "das passiert in diesem Land nicht mehr". Als er sich bei einem Arzt über die schlechte Behandlung beschweren wollte, wurde ihm gesagt, er solle nur Fragen zu seiner angeblichen Drogensucht

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

beantworten.<sup>10</sup> Um 19:30 wurde seine Inhaftierung offiziell bei der Abteilung für Drogenkriminalität (Unidad Mixta de Atención al Narcomenudeo) registriert und er durfte einen Telefonanruf tätigen. Er wurde wegen Drogendelikten angeklagt und blieb im Tlacolula-Gefängnis inhaftiert. Anschließend wurde er wegen Aufwiegelung, Brandstiftung an öffentlichen Gebäuden und organisierter Kriminalität in Verbindung mit den Ereignissen des 25. November 2006 angeklagt. Im Juni 2006 entschied ein Richter des föderalen Berufungsgericht, dass die Beweise hinsichtlich letzterer Anklagepunkte unzureichend seien. Er bleibt in Haft wegen Drogendelikten. AI hat keinerlei Informationen über etwaige Ermittlungen infolge seiner Anschuldigungen über die willkürliche Festnahme, Mißhandlung oder Konstruierung von Beweisen zwecks einer Anklage.

### Todesfälle und rechtswidrige Tötungen

Nach vorhandenen Informationen wurden während der Krise in Oaxaca mindestens 18 Personen getötet, viele davon unter umstrittenen Umständen. Von diesen wurden 13 in der Stadt selbst und in der Umgebung getötet.<sup>11</sup> Die Todesfälle wurden nicht ausreichend untersucht und daher wurden die genauen Umstände eines jeden Falles nicht geklärt. Allerdings legen Nachforschungen von AI nahe, dass zumindest ein Todesfall durch Gewalt von Sicherheitskräften verursacht wurde. Zudem legen die vorhandenen Informationen nahe, dass während der Demonstrationen mehrere andere Personen durch Schüsse von Sicherheitskräften, unbekanntem Bewaffneten oder Polizisten in Zivilkleidung getötet wurden. Es sind weitere Ermittlungen notwendig, um zu klären, ob es sich bei letzteren um rechtswidrige Tötungen handelt. Die für die Tötungen verantwortlichen Personen wurden nicht identifiziert oder zur Rechenschaft gezogen, während es den offiziellen Untersuchungen an gebührender Sorgfalt mangelte, die bei Untersuchungen von gewaltsamen Toden vonnöten sind.<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Oaxaca, un conflicto todavía abierto, Servicio Internacional para la Paz, Informe de la visita de SIPAZ a Oaxaca 20-27 de abril 2007.

<sup>11</sup> Zu den Personen, die in Oaxaca-Stadt getötet wurden, gehören: Marcos García Tapia, Andrés Santiago Cruz, Pedro Martínez Martínez, Pablo Martínez Martínez, José Jiménez Colmenares, Lorenzo Sampablo Cervantes, Daniel Nieto Ovando, Jaime René Calvo Aragón, Alejandro García Hernández, Pánfilo Hernández Vázquez, Bradley Roland Will, Esteban Zurita López, Emilio Alonso Fabián, Lucio David Cruz Parada und Jorge Alberto López Bernal. Jene, die in anderen Teilen des Bundesstaates Oaxaca getötet wurden, sind: Andrés Santiago Cruz, Pedro Martínez Martínez, Pablo Martínez Martínez in Putla de Guerrero am 9. August; Arcadio Fabian Hernandez in San Antonio del Castillo de Velasco am 2. Oktober; Raul Marcial Pérez in Juxtlahuaca Santiago am 8. Dezember. Eudacia Olivera Diaz starb auch in Oaxaca-Stadt am 27. Oktober, als der Krankenwagen, welcher sie zum Krankenhaus brachte, durch Barrikaden aufgehalten wurde.

<sup>12</sup> Die Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat betont, dass Untersuchungen gewaltsamer Todesfälle dem "UN Manual for the Prevention and Effective Investigation of Extra-Legal, Arbitrary or Summary Executions" entsprechen müssen. Quelle: Inter-American Court of Human Rights, Case of Ximenez Lopes vs. Brazil, Judgment of 4 July 2006, Series C No149, para179.

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit



Florina Jimenez, November 2006 ©AI

Am Abend des 10. August 2006 fand in Oaxaca eine Massendemonstration statt, deren Hauptforderung der Rücktritt des Gouverneurs und die Freilassung der inhaftierten Aktivisten war (welche nach Gerüchten Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens waren.) Der Mechaniker **José Jiménez Colmenares** und seine Frau Florina Jiménez Lucas nahmen an einem friedlichen Marsch teil, als Schüsse auf Demonstranten abgefeuert wurden, laut Zeugen von zwei gegenüber liegenden Dächern von Gebäuden, welche zur Santa Maria-Klinik

gehören. José Jiménez Colmenares bekam mehrere Schüsse ab und starb kurz darauf in der Klinik an Schusswunden in Kopf und Brust. Mindestens zwei andere Demonstranten wurden von Schüssen verletzt. Teilnehmer des Marsches gingen laut Berichten daraufhin in die Gebäude, von denen die Schüsse abgefeuert worden waren. Dort fanden sie Patronenhülsen und mehrere Personen vor, die nach Einschätzung der Demonstranten den Schützen geholfen hatten, darunter zwei bundesstaatliche Polizeibeamte. Diese wurden dem lokalen Büro der PGR übergeben, welches sie an die PGJE übermittelte.

Laut dem Anwalt der Familie versäumte es die PGJE, Aussagen aufzunehmen und es wurden keine Maßnahmen zur Bewahrung des Tatortes ergriffen oder andere Schritte, um potentielle Beweise zu sichern. Am nächsten Tag wurden die festgenommenen Verdächtigen aufgrund mangelnder Beweise freigelassen. Nach Aussage des Anwaltes gab es keine weiteren Ermittlungen hinsichtlich der Tötung. Die Generalstaatsanwältin des Bundesstaates Oaxaca sagte wie gemeldet wurde später gegenüber der Presse, dass José Jiménez Colmenares in einer alkoholbedingten Straßenprügelei gestorben sei.

Im November 2006 informierte die Generalstaatsanwältin AI-Delegierte darüber, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien, dass es allerdings keine Fortschritte gegeben habe, da Demonstranten Beweise vernichtet hätten. Bei Amtsantritt der neuen Bundesregierung wurden neue Ermittlungen auf Bundesebene über Todesfälle während der Demonstrationen eröffnet. Als Bundesermittler Florina Jiménez zu einer Befragung einluden, wurde sie nach eigener Aussage allerdings aufgefordert, erst wiederzukommen, wenn sie Beweise gegen die Verantwortlichen habe. AI liegen keine Informationen über etwaige andere Fortschritte in den Ermittlungen vor.

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

Am Abend des 21. August erfolgten im Radio Ankündigungen über eine Polizeiaktion, um die Demonstranten aus den besetzten Radio- und Fernsehstationen zu entfernen. Zeugen zufolge fuhr in der selben Nacht ein Konvoi durch die Straßen von Oaxaca-Stadt, welcher aus mindestens sieben Fahrzeugen und fünf Motorrädern bestand, darunter städtische und bundesstaatliche Polizeiwagen und nicht gekennzeichnete offene Kleintransporter. In den Vehikeln befanden sich Männer, größtenteils in Polizeiuniformen, mit automatischen Waffen und Sturmhauben. In Radiosendungen der APPO wurden deren Anhänger aufgefordert, sich zu versammeln, um diejenigen in den besetzten Gebäuden zu beschützen. Gegen Mitternacht folgte der 51-jährige Architekt und vierfache Vater **Lorenzo Sampablo Cruz** dieser Aufforderung und ging mit mehreren Nachbarn zum Sender Radio Ley 710. Als sie sich der Radiostation in der Stadtmitte näherten, eröffneten nach Zeugenaussagen Personen aus dem Konvoi das Feuer und schossen auf laut Berichten unbewaffnete Demonstranten.



Gedenkfeier für Alejandro García Hernández, der am 14. Oktober 2006 erschossen wurde, als er Demonstranten an einer Barrikade unweit seines Wohnortes mit Essen versorgte. November 2006  
© Privat

Lorenzo Sampablo wurde anscheinend in den Rücken getroffen, als er hinter einem Baum in Deckung ging. Die Kugel durchschlug seine Brust und er starb später im Krankenhaus an seinen Verletzungen.

Am 22. August wurde Lorenzo Sampablo Leiche seiner Tochter übergeben. Einige Tage später wurde sie vor die PGJE geladen, um eine Aussage zu machen. Allerdings erhielt ein anderes Familienmitglied Berichten zufolge einen Telefonanruf von einem Vertreter der PGJE, welcher

der Familie nahelegte, keine Nachforschungen in dem Fall zu betreiben. Aus Angst vor Repressalien machte die Tochter keine Aussage. Die Akte der PGJE zu dem Fall beinhaltet laut Berichten einen kurzen Eintrag über die Todesursache sowie Kopien der Vorladungen an die Tochter eine Aussage zu machen und die Leiche in Empfang zu nehmen, aber sonst kaum etwas. Im März 2007 überprüfte die PGR den Fall noch einmal und die Tochter machte eine Zeugenaussage. Allerdings besitzt die Familie keinerlei Informationen über weitere Fortschritte in dem Fall.

Am 27. Oktober starb der US-amerikanische Video-Journalist **Bradley Roland Will** unter umstrittenen Umständen an Schusswunden in Santa Lucia del Camino, einem Außenbezirk von Oaxaca-Stadt, mindestens fünf andere Personen wurden Berichten zufolge verletzt. Er wurde erschossen, als er eine Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und lokalen Gegnern der Proteste filmte, welche von lokalen PRI-Mitgliedern und städtischer Polizei unterstützt wurden. Berichten zufolge hatten die bewaffneten Protestgegner auf die Barrikaden der Demonstranten geschossen. Daraufhin versammelten sich noch mehr

### *Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit*

Demonstranten und zwangen die Gegner zum Rückzug in umliegende Straßen - einige der Demonstrationsgegner wurden später auf Presse-Fotos als städtische Polizisten in Zivilkleidung sowie lokale PRI-Mitglieder identifiziert. Video- und Fotoquellen belegen, dass in Zivil gekleidete Parteifunktionäre halbautomatische Gewehre, Revolver sowie Pistolen trugen und scheinbar wahllos auf Demonstranten schossen. Fotos aus den Medien zeigen, dass auch eine Reihe von Demonstranten Gebrauch von Pistolen machte, zudem von Steinen, selbstgemachten Feuerwerkskörpern und Schleudern.

Bradley Will wurde zweimal angeschossen, während er die Ereignisse aus der Mitte der APPO-Anhänger heraus filmte. Er starb später auf dem Weg zum Krankenhaus. Auf von Zeitungen veröffentlichten Fotos des Vorfalls wurden PRI-Mitglieder und städtische Polizisten identifiziert, wie sie mit halbautomatischen Waffen auf Demonstranten feuerten - diese Bilder erregten landesweit und weltweit Besorgnis. Die PGJE nahm zwei dieser Männer fest und klagte sie wegen Mordes an Bradley Will an. Allerdings schlugen die Ermittlungen fehl und die Verdächtigen wurden aus Mangel an Beweisen ohne Anklage freigelassen. In den Untersuchungsberichten hiess es später, andere Beweise würden belegen, dass die Schüsse aus der unmittelbaren Nähe von einem APPO-Anhänger abgefeuert worden seien und dass Will durch einen zweiten Schuss getötet worden sei, als APPO-Anhänger ihn ins Krankenhaus brachten.

Im November 2006 veröffentlichte die PGJE eine Zusammenfassung ihrer vorläufigen Erkenntnisse mit dem Ergebnis, dass die APPO verantwortlich für den Mord an Bradley Will sei. Allerdings wurden die Beweise von zwei internationalen Forensikern überprüft und kamen zu folgenden Ergebnissen:

- Es wurden anscheinend keine verlässlichen Tests durchgeführt, um die Entfernung festzustellen, aus welcher die Schüsse abgefeuert wurden
- Die vom Staatsanwalt aufgestellte Theorie, dass die Geschossbahn Schüsse aus der Nähe nahelege, wurde vom Autopsiebericht nicht bestätigt und treffe keine zuverlässige Aussage über die Schussentfernung
- Obwohl es am effektivsten gewesen wäre, die Waffen der durch Fotos identifizierten Polizisten sowie Parteimitglieder sicherzustellen und diese mit den Kugeln in der Leiche abzugleichen, wurde diese Spur nur unzureichend verfolgt, da lediglich zwei Polizeirevolver überprüft wurden, obwohl auf Fotos mindestens eine Amtsperson ein halbautomatisches Gewehr trug
- Keine der Waffen wurde jemals genau bestimmt und die Verdächtigen wurden nicht ausreichend befragt

Im März 2007 übergab die PGJE die Ermittlungen an die PGR, damit dieses eine eigene Untersuchung durchführen konnte. Allerdings gibt es nach Informationen von AI keine Fortschritte in den Ermittlungen der Bundesbehörden - vielmehr befürchtet AI, dass die schweren Fehler und der Mangel an Objektivität bei der ersten Untersuchung eine effektive Zweituntersuchung von Bradley Wills Tod erschweren könnten. Nach Informationen von AI gibt es auf Bundesebene keine Überprüfung möglicher Defizite der bundesstaatlichen Ermittlungen.

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

**Alberto Jorge López Bernal**, ein 30-jähriger Pfleger, starb am 29. Oktober durch eine Tränengasgranate, die aus der Nähe von PFP-Beamten abgefeuert wurde. Gegen Mittag drang die PFP in Oaxaca-Stadt ein, ausgerüstet mit Schutzausrüstung, Wasserwerfern, Kränen, Auswerfern für Tränengasgranaten und Schlagstöcken. Während die Hauptstraßen relativ schnell geräumt wurden, antworteten einige Demonstranten mit Schleudern, Steinen und Benzinbomben. Mehrere Polizisten und Demonstranten wurden verletzt und mehr als 20 Personen verhaftet. Alberto Jorge López Bernal wurde Berichten zufolge während eines gewalttätigen Zusammenstoßes nahe der Puente Tecnológico von einem Geschoss getroffen. Er wurde zu einem Haus in der Nähe gebracht, wo er später an seinen Verletzungen starb.

Die offizielle Autopsie schlußfolgerte, dass er von einem Tränengasgeschoss getroffen wurde, welches seine Brust durchschlug und sein Herz und seinen linken Lungenflügel verletzte. Die Hülse, die man bei der Autopsie in seinem Körper fand, trug die Aufschrift: SPEDE — HEAT, CS, SHORTT RANGLER 75 YD. Im Autopsiebericht schlußfolgerte man, dass es sich hierbei um eine von der Polizei abgeschossene Tränengaskartusche handle.

AI hat mehrere Berichte erhalten, nach denen einige PFP-Beamte aus geringer Distanz Tränengasgeschosse in flacher Flugbahn auf Demonstranten geschossen hatten, wobei ein großes Risiko schwerer Verletzungen oder Todesfällen bestand. Die PFP sagte jedoch aus, dass es keine derartigen Vorkommnisse gegeben habe und dass man keine Informationen weitergeben könne über Untersuchungen der Anschuldigungen, dass massive Gewaltanwendung durch Polizeibeamte stattgefunden habe.<sup>13</sup> Der Bericht der CNDH schlußfolgert, dass der Tod von Alberto Jorge López Bernal die Folge übermäßiger Gewaltanwendung durch Bundespolizisten gewesen sei.<sup>14</sup> AI liegen keine Informationen vor über Fortschritte in der offiziellen Untersuchung des Todes von Alberto Jorge López Bernal

### **Drohungen und Drangsalierungen**

AI hat über viele Jahre gegen Menschenrechtsverteidiger und Regierungskritiker gerichtete Drohungen, Drangsalierungen und Einschüchterungen im Bundesstaat Oaxaca dokumentiert. Trotz Zusagen mehrerer aufeinander folgender Regierungen in Oaxaca, die in der UN-Erklärung über Menschenrechtsverteidiger festgeschriebenen Rechte zu achten und zu bewahren, hat es weiterhin Drangsalierungen gegeben und die Verantwortlichen sind nicht zur Rechenschaft gezogen worden.<sup>15</sup> Das Mißtrauen gegenüber der bundesstaatlichen Polizei und rechtlichen Institutionen wie der PGJE und die Abwesenheit einer unabhängigen und effektiven bundesstaatlichen Menschenrechtskommission in Oaxaca haben auch die Bemühungen lokaler Menschenrechtsorganisationen behindert, Opfern von Menschenrechtsverletzungen und ihren Angehörigen dabei zu helfen, die Fälle zu melden und nach Gerechtigkeit zu streben.

<sup>13</sup> Treffen einer AI-Delegation mit dem Leiter der PFP, Ministerium für öffentliche Sicherheit, November 2006.

<sup>14</sup> CNDH-Empfehlung 15/2007 im Falle der Sektion 22 der Nationalen Lehrgewerkschaft und der Volksversammlung von Oaxaca (APPO), Bundesbezirk Mexiko, 23. Mai 2007, (IV, L), [www.cndh.org.mx](http://www.cndh.org.mx).

<sup>15</sup> Der vollständige Titel der UN-Deklaration ist "Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen", Resolution 53/144 der Generalversammlung vom 8. März 1999.

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

Während der Krise in Oaxaca spielten lokale Menschenrechtsorganisationen eine wichtige Rolle bei der Dokumentierung von Menschenrechtsverletzungen und dabei, die Behörden zur Verantwortung zu ziehen. Lokale Menschenrechtsorganisationen waren oftmals die ersten, die Beschwerden über Verhaftungen, Folter, Mißhandlungen oder Isolationshaft erhielten und besuchten Gefängnisse, um den physischen und psychologischen Zustand von Häftlingen festzustellen und ihre rechtliche Lage zu stärken. Einige Menschenrechtsverteidiger nahmen unmittelbar an der Protestbewegung teil, andere entwickelten Ansätze, um die Wurzeln des Konflikts anzugehen. Diese Menschenrechtsverteidiger spielten eine wichtige Rolle dabei, der Welt die Geschehnisse in Oaxaca bewußt zu machen und Beschwerden der CNDH oder anderen Behörden zu melden.

**Padre Francisco Wilfrido Mayrén Peláez**, ein katholischer Priester und Menschenrechtsverteidiger bei der Organisation Regionales Menschenrechtszentrum "Bartolomé Carrasco Briseño" (Centro Regional de Derechos Humanos "Bartolomé Carrasco Briseño") erhielt am 19. Oktober 2006 eine anonyme Todesdrohung per Telefon. Nach den Massenverhaftungen vom 25. November berichtete er, zu mehreren Zeitpunkten von Autos ohne Nummernschildern verfolgt worden zu sein. Die lokale regierungsnaher Zeitung *El Imparcial* bezeichnete ihn als "el padre guerrillero" (der Guerilla-Priester). Der regierungsnaher Piratensender *Radio Ciudadana*, der während der Krise Programme ausstrahlte und dabei zu Angriffen auf APPO-Demonstranten sowie vermeintliche Gegner der lokalen Regierung anstachelte, bezichtigte ihn der "Subversion" und dass er Kriminelle schütze.

Am Abend des 26. November schossen drei unbekannte Individuen mehrmals in die Luft, als sie an der katholischen Kirche Siete Príncipes in Oaxaca-Stadt vorbeifuhren, in der **Padre Carlos Franco Pérez Méndez** arbeitet. Kurz danach kam er in seinem Kleinbus an und parkte diesen vor der Kirche. Während er in seinem Büro war, kehrten die selben Männer zurück, schossen mehrmals auf den Kleinbus und verschwanden. Padre Carlos Franco Pérez Méndez wurde möglicherweise zur Zielscheibe, da er bei den Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei Verletzten Erste Hilfe leistete. In den Tagen vor dem Vorfall wurde er von Moderatoren von *Radio Ciudadana* denunziert.

Im Dezember gab es Berichte, dass **Yesica Sánchez Maya**, Vorsitzende des Büros der Mexikanischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte (LIMEDDH) in Oaxaca sowie **Aline Castellanos Jurado** vom Konsortium für den parlamentarischen Dialog und die Gleichheit (Consortio para el Diálogo Parlamentario y la Equidad) festgenommen werden sollten wegen angeblicher Verstrickung in die illegale Besetzung des Fernsehsenders *Canal 9* am 1. August 2006. Der Beweis hierfür war Berichten zufolge die Aussage einer unbekanntes Frau, die angab, tötlich angegriffen worden zu sein. Beide Frauen dementierten die Anschuldigungen und der Leiter des Fernsehsenders teilte daraufhin einer Menschenrechtsorganisation mit, dass keiner der Mitarbeiter angegriffen worden sei.<sup>16</sup> Anwälte reichten gegen die Haftbefehle drei erfolgreiche gerichtliche Verfügungen auf

<sup>16</sup> Comision Civil Internacional de Observación de los Derechos Humanos (CCIODH), Video des fünften Besuchs der CCIODH, [http://cciodh.pangea.org/quinta/070303\\_video\\_cciodh.shtml](http://cciodh.pangea.org/quinta/070303_video_cciodh.shtml)

## Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit

Bundesebene ein, welche sechs Zeugenaussagen beinhalteten, die der Anklage widersprachen. Allerdings bekräftigte der Richter am bundesstaatlichen Gericht die Haftbefehle jedesmal mit kleinen Abänderungen, so dass sie jederzeit ausgeführt werden können. Der Anwalt von Aline Castellanos hat vor kurzem eine vierte Verfügung eingereicht. Am 27. April 2007 wurde in ihr Haus eingebrochen, während sie an einem Treffen mit Frauenorganisationen teilnahm - Aline Castellanos geht von einem Einschüchterungsversuch aus.

Mehrere der am 25. November 2006 inhaftierten veranstalteten am 31. Dezember eine Pressekonferenz, bei der sie den Medien mitteilten, dass sie im Gefängnis einen Brief an den Gouverneur von Oaxaca unterschrieben hätten, in dem sie Yesica Sánchez Maya der Anstachelung zur Gewalt bezichtigten und von ihr gezwungen worden seien, die APPO zu unterstützen - zum Unterschreiben des Briefes seien sie von Beamten gezwungen worden, um aus der Haft frei zu kommen.

Am 27. November behaupteten Moderatoren auf *Radio Ciudadana*, dass die Büros der Menschenrechts- und Bildungsorganisation Dienst für Alternative Bildung (Servicios para una Educación Alternativa, EDUCA) für die Herstellung von Benzinbomben genutzt worden seien und beschuldigten den Leiter von EDUCA **Marcos Leyva Madrid**, dafür verantwortlich zu sein. Laut Berichten stachelten die Moderatoren die Öffentlichkeit an, die Büros von EDUCA anzugreifen und anzuzünden. Im selben Monat beschuldigten Moderatoren des Senders auch **Sara Méndez** vom Menschenrechtsnetzwerk Oaxaca (Red Oaxaqueña de Derechos Humanos), Mitglied der APPO zu sein und "Kriminelle zu verteidigen". Die CNDH wies darauf hin, dass *Radio Ciudadana* zu Gewalt gegen Mitglieder von Menschenrechts-NGOs anstachele.<sup>17</sup>

Trotz der Beweise für Drangsalierungen und Einschüchterungen gegenüber Menschenrechtsverteidigern liegen AI keine Informationen über Untersuchungen der Behörden vor, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen oder um sicherzustellen, dass politisch motivierte Anklagen nicht gegen Menschenrechtsverteidiger benutzt werden, um sie von ihrer legitimen Arbeit abzuhalten.

### Schlußfolgerungen und Empfehlungen

Zwischen Juni 2006 und April 2007 gab es in Oaxaca schwere Menschenrechtsverletzungen. Mindestens 18 Personen starben unter umstrittenen Umständen und unzählige Personen, darunter einige Minderjährige, wurden willkürlich verhaftet und in Isolationshaft gehalten. Es gab zahlreiche Berichte über Folter, Mißhandlungen und unfaire Gerichtsverfahren. Viele, die versuchten, die Menschenrechte zu verteidigen und voranzubringen, wurden bedroht und drangsalieren. Einige der Menschenrechtsverletzungen wurden von Polizisten in Zivilkleidung und unbekanntem bewaffneten Männern begangen - letztere arbeiteten offensichtlich mit der Autorisierung, Unterstützung oder Duldung durch die Behörden des Bundesstaates. Meistens waren Lehrer oder vermeintliche Unterstützer der Oppositionsbewegung APPO Opfer dieser Übergriffe.

---

<sup>17</sup> CNDH-Empfehlung 15/2007 im Falle der Sektion 22 der Nationalen Lehrgewerkschaft und der Volksversammlung von Oaxaca (APPO), Bundesbezirk Mexiko, 23. Mai 2007, (IV,M) [www.cndh.org.mx](http://www.cndh.org.mx)

## *Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit*

Beamte und Mitarbeiter bundesstaatlicher und städtischer Institutionen - darunter die Exekutivbehörden des Bundesstaates, die Bundespolizei PFP, die bundesstaatliche Gerichtspolizei, die Staatsanwaltschaft von Oaxaca, die bundesstaatliche Justiz, die öffentlichen Strafverteidiger und der lokalen Regierungspartei nahe stehende städtische Behörden - stehen unter Verdacht, in viele dieser Rechtsverletzungen verwickelt zu sein. Die Bundesbehörden waren ebenso in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt und haben es versäumt, diese zu verhindern oder gegen diese anzugehen.

Die Todesumstände von mindestens 18 Personen sind nicht aufgeklärt worden und nahezu alle Verantwortlichen müssen noch identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden. Nachforschungen von AI legen nahe, dass der Hauptgrund hierfür ist, dass nur wenige Menschenrechtsverletzungen umgehend, unparteiisch und umfassend untersucht wurden. Die Sicherung von Tatorten, Ermittlungen aufgrund von Beschwerden, die Durchführung aller notwendigen forensischen Untersuchungen, die Sammlung relevanter Zeugenaussagen und die Zusammenstellung aussagekräftiger Beweismittel sind oftmals nicht erfolgt, wodurch zukünftige Ermittlungen erschwert oder gar unmöglich gemacht werden.

Obwohl Behörden auf städtischer, staatlicher und Bundesebene formell einer Implementierung der CNDH-Empfehlungen zugestimmt haben, nach der alle Anschuldigungen hinsichtlich Rechtsverletzungen untersucht werden müssen, gibt es bisher keine Hinweise, dass die Behörden gewillt sind, effektive Untersuchungen durchzuführen oder behördliche Prozeduren und Praktiken zu ändern, um weitere Verstöße zu verhindern.

AI erkennt an, dass einige derjenigen, die im Namen der Protestbewegung agieren, möglicherweise für Straftaten verantwortlich waren, darunter den Gebrauch von Schusswaffen, Steinen, Benzinbomben und Feuerwerksraketen. AI erkennt auch an, dass die Proteste und Barrikaden die Rechte auf Bildung und Bewegungsfreiheit für die Gesamtbevölkerung eingeschränkt haben, dass diese Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit im Allgemeinen hatten und mit zu einer komplexen politischen Situation und zu einem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung geführt haben. Nichtsdestoweniger sind die Bestrebungen der Behörden, alle Unterstützer der Demonstranten als kriminell und subversiv darzustellen, nicht viel mehr als eine Taktik, um sich der Verantwortung zu Untersuchungen zu entziehen. Derartige Vorwürfe wurden offensichtlich als Vorwand benutzt, um schwere Menschenrechtsverletzungen zu begehen, darunter mögliche ungesetzliche Tötungen, willkürliche Verhaftungen, Isolationshaft, Folter, Mißhandlungen, Verweigerung fairer Gerichtsverfahren und die Versäumnis, auf Beschwerden über Rechtsverletzungen angemessen zu reagieren.

AI erkennt die Verpflichtung der Behörden auf sämtlichen Ebenen an, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und das Recht eines jeden auf Sicherheit zu bewahren. Allerdings haben weitverbreitete Rechtsverletzungen während der Krise internationale Menschenrechtsabkommen verletzt, zu deren Einhaltung Mexiko sich verpflichtet hat.<sup>18</sup> Dazu

---

<sup>18</sup> Zum Beispiel den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, inkl. folgender Artikel: 6 (Recht auf Leben), 7 (Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung), 10 (menschliche Behandlung von jedem, dem die Freiheit entzogen ist), 14 (fairer

## *Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit*

ist es notwendig, dass die staatliche Seite diese in den Ankommen festgeschriebenen Verpflichtungen mit gebührender Sorgfalt einhält. AI glaubt, dass die Behörden bisher versagt haben, diese Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Empfehlung des CNDH macht einmal wieder die Schwäche jener Mechanismen in Mexiko deutlich, die Rechenschaft der Behörden für ihre Handlungen gewährleisten sollen, da staatliche Dienststellen, die verantwortlich für die Untersuchung von Rechtsverletzungen sind, zugleich auch in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Gleichzeitig müssen die Bundesbehörden noch ihre Bereitschaft zeigen, dass sie gewillt sind sicherzustellen, dass sämtliche Menschenrechtsverletzungen effektiv und unparteiisch untersucht werden, dass alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und dass Praktiken der Strafjustiz und zur Bewahrung der öffentlichen Sicherheit internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen.

AI hofft, dass der Oberste Gerichtshof schnell Arbeitsschritte einleitet, um die Ereignisse in Oaxaca zu untersuchen und sicherzustellen, dass die Ermittlungen unparteiisch, umfassend und unabhängig sind sowie internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Auch wenn eine solche Untersuchung nicht die Verantwortlichkeit der Behörden ersetzt, jene zur Rechenschaft zu ziehen, die in die Rechtsverletzungen verwickelt sind, so bietet sie doch momentan die größte Hoffnung für die Opfer und ihre Angehörigen, dass die Wahrheit zutage kommt, sie Gerechtigkeit erfahren und angemessene Rechtsmittel in die Hand bekommen.

Die beste Garantie für die Verhinderung zukünftiger Rechtsverletzungen ist es sicherzustellen, dass Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen sich nicht durchsetzt. Dies wäre auch eine klare Botschaft an die mexikanische Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft, dass die Regierung von Präsident Felipe Calderón sich dem Schutz, der Gewährleistung und der Umsetzung der Menschenrechte verpflichtet fühlt.

### **Empfehlungen an die mexikanische Regierung, die Regierung des Bundesstaates Oaxaca und die Bundesjustiz.**

- Stellen Sie sicher, dass die Ermittlungen des Obersten Gerichtshofs unabhängig, unparteiisch und sorgfältig sind sowie internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen, dass die Ergebnisse öffentlich gemacht werden und dass bereits gesammelte Beweismittel bei der Strafverfolgung genutzt werden können.
- Stellen Sie sicher, dass die Empfehlung 15/2007 der CNDH wirksam umgesetzt wird und dass alle relevanten Behörden über die zur Umsetzung ergriffenen Maßnahmen Bericht erstatten.

---

Gerichtsverfahren), 21 (Recht, sich friedlich zu versammeln), 22 (Recht auf Zusammenschluß) und 26 (Gleichheit aller vor und Schutz aller durch das Gesetz) und die Amerikanische Menschenrechtskonvention inkl. folgender Artikel: 4 (Recht auf Leben), 5 (menschliche Behandlung), 7 (Recht auf persönliche Freiheit), 8 (faïres Gerichtsverfahren), 15 (Versammlungsrecht), 16 (Recht auf Zusammenschluß), 21 (Recht auf Eigentum), 24 (Gleichheit vor dem Gesetz) and 25 (Recht auf gerichtlichen Schutz).

### *Oaxaca - Ruf nach Gerechtigkeit*

- Ergreifen Sie Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Bundesbehörden Untersuchungen aller Vorwürfe durchführen hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen sowie Versäumnissen, solche Rechtsverletzungen zu verhindern und dass die Bundesbehörden darüber öffentlich Bericht erstatten.
- Stellen Sie eine umgehende, umfassende und unparteiische Untersuchung der Rolle unidentifizierter, bewaffneter Männer sowie in Zivil gekleideter Polizisten sicher, welche mit offensichtlicher Autorisierung, Unterstützung oder Duldung durch bundesstaatliche Behörden agiert haben und veröffentlichen Sie die Ergebnisse.
- Führen Sie eindeutige und öffentlich zu machende Richtlinien über die Verwendung von Uniformen und sonstigen Identifizierungskennzeichen durch Angehörige der Polizei und Sicherheitskräfte ein sowie Strafen gegen jene, die gegen diese Richtlinien verstoßen.
- Führen Sie umfassende, aktive und unparteiische Ermittlungen durch, um die Umstände der während des Konflikts eingetretenen Todesfälle zu klären, stellen Sie sicher, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und dass alle Angehörigen eine angemessene Entschädigung erhalten. Die Ermittlungen sollten den UN-Prinzipien zur effektiven Verhinderung und Untersuchung extralegalen, willkürlicher und summarischer Hinrichtungen entsprechen.
- Stellen Sie eine umfassende, unparteiische und umgehende Untersuchung aller Vorwürfe über willkürliche Verhaftungen, Isolationshaft, Folter und Mißhandlungen sowie anderer Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit sicher.
- Stellen Sie sicher, dass sämtliche Opfer von Menschenrechtsverletzungen Entschädigungen erhalten, inklusive medizinischer und therapeutischer Behandlung, sofern dies notwendig ist.
- Führen Sie eine unabhängige Untersuchung aller Vorwürfe über Drangsalierungen, Drohungen, Angriffe und politisch motivierte Anklagen gegen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger während der Krise durch und ziehen Sie die Verantwortlichen zur Rechenschaft.
- Stellen Sie sicher, dass Menschenrechtsverteidiger ihre Tätigkeiten ohne Einschränkungen und Angst vor Repressalien ausführen können, wie es in der UN-Deklaration über die Rechte und die Verantwortung von Individuen, Gruppen und gesellschaftlichen Organen für den Schutz und die Förderung international anerkannter Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten festgeschrieben ist.
- Stellen Sie sicher, dass jene, die in Zusammenhang mit während der Unruhen begangenen Straftaten inhaftiert wurden und auf ihre Verfahren warten, faire Gerichtsverfahren erhalten, die internationalen Standards entsprechen.
- Stellen Sie sicher, dass Sicherheitskräfte, Polizei, Staatsanwälte, öffentliche Verteidiger und Richter Ausbildung in internationaler Menschenrechtsgesetzgebung erhalten und dass sie diesen Standards entsprechend agieren.